



Sitzung des Vorstands der EVP-Fraktion

KRAKAU

20. – 21. Februar 2014

Wir schaffen Arbeitsplatz

INHALTSVERZEICHNIS

Programm	4
Zusammenfassung	6
Schlussfolgerungen	22

PROGRAMM

WIR SCHAFFEN ARBEITSPLATZ

Donnerstag, 20. Februar 2014

BEGRÜSSUNGSREDEN

- **Manfred WEBER** MdEP, Stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, Vorsitzender des Arbeitskreises Justiz und Inneres
- **Danuta Maria HÜBNER** MdEP, Stellvertretende Leiterin der Polnischen Delegation der EVP-Fraktion im EP, Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung des EP
- **Andrzej GRZYB** MdEP, stellvertretender Leiter der Polnischen Delegation (Polnische Volkspartei) der EVP-Fraktion im EP

THEMA I: LAGE IN DER UKRAINE

Vorsitzender

- **Jacek PROTASIEWICZ** MdEP, Leiter der polnischen Delegation (Bürgerplattform) der EVP-Fraktion und Vizepräsident des EP

Gastredner

- **Vitaliy MAKSIMENKO**, Generalkonsul der Ukraine in Polen
- **Ostap SEMERAK**, ehemaliger Abgeordneter im ukrainischen Parlament und Berater des Vorsitzenden der Partei Batkivschyna
- **Arnaud DANJEAN** MdEP, Vorsitzender des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung des EP

Schlussfolgerungen

- **Jacek SARYUSZ-WOLSKI** MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion

THEMA II: OPTIMIERUNG DER EUROPÄISCHEN FONDS ZUR ÜBERWINDUNG DER KRISE

Vorsitzender

- **Jan OLBRYCHT** MdEP, stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister der EVP-Fraktion im EP, zuständig für interkulturelle Beziehungen

Hauptredner

- **Janusz LEWANDOWSKI**, EU-Kommissar für Finanzplanung und Haushalt

Gastredner

- **Rafał TRZASKOWSKI**, Polnische Minister für Verwaltung und Digitalisierung
- **Paweł ORŁOWSKI**, stellvertretender polnischer Minister für Infrastruktur und Entwicklung
- **Marek SOWA**, Marschall der Małopolska Region
- **Róża GRÄFIN von THUN und HOHENSTEIN** MdEP, Vize-Präsidentin der Bürgerplattform Krakau
- **Ramón Luis VALCÁRCEL SISO**, Präsident des Ausschusses der Regionen

Schlussfolgerungen

- **Danuta Maria HÜBNER** MdEP, Stellvertretende Leiterin der Polnischen Delegation der EVP-Fraktion im EP, Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung des EP

Freitag, 21. Februar 2014

BESONDERE INTERVENTIONS

Vorsitzender

- **Manfred WEBER** MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP
- **Janusz PIECHOCIŃSKI**, Vorsitzender der Polnischen Volkspartei (PSL) und stellvertretender Premierminister Polens

THEMA III: NEUGESTALTUNG DER EU-ENERGIEPOLITIK

Vorsitzende

- **Jan OLBRYCHT** MdEP, stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (EP)

Hauptredner

- **Michel BARNIER**, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Vizepräsident der Europäischen Volkspartei

Gastredner

- **Dominique RISTORI**, Generaldirektor für Energie, Europäische Kommission
- **Etienne DAVIGNON**, Vizepräsident des GDF SUEZ Belgien
- **Bogusław SONIK** MdEP, stellvertretender Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses des EP

Schlussfolgerungen

- **Jean-Pierre AUDY** MdEP, Leiter der französischen Delegation der EVP-Fraktion im EP, Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des EP

ZUSAMMENFASSUNG

BEGRÜSSUNGSANSPRACHE

Vor der Eröffnung der Sitzung fordert **Jan Olbrycht**, für interkulturelle Beziehungen zuständiger stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion, alle Teilnehmer auf, eine Schweigeminute für die Opfer der Ereignisse in der Ukraine einzuhalten. Er stellt anschließend fest, dass Polen als Nachbarstaat der Ukraine äußerst beunruhigt über die aktuellen Ereignisse in Kiew ist und bittet in diesem Zusammenhang um Entschuldigung für die Abwesenheit von Präsident Joseph Daul, der gemeinsam mit dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk nach Warschau gereist ist, um auf eine Lösung der Krise hinzuwirken.

Jacek Protasiewicz MdEP, Vorsitzender der polnischen Delegation (Bürgerplattform) der EVP-Fraktion und Vizepräsident des Europäischen Parlaments, erinnert an die Rolle, die das EP seit den 70er Jahren bei der Förderung der Grundfreiheiten in Osteuropa gespielt hat. Er äußert sich erfreut über das Engagement und die Entschlossenheit der führenden Persönlichkeiten der EVP, mit denen sie sich für ein freies Polen eingesetzt haben. Zwar ist es Polen gelungen, trotz der Krise eine gewisse wirtschaftliche Stabilität zu bewahren, doch begrüßt Herr Protasiewicz die vor kurzem erzielte



Jacek **Protasiewicz** MdEP, Leiter der polnischen Delegation (Bürgerplattform) der EVP- Fraktion und Vizepräsident des EP und Andrzej **Grzyb** MdEP, stellvertretender Leiter der polnischen Delegation (Polnische Volkspartei – PSL) der EVP-Fraktion im EP

Einigung über den neuen mehrjährigen Finanzrahmen, mit dem es dem Land seiner Auffassung nach möglich sein wird, seinen Rückstand aufzuholen. Er schließt mit der Aufforderung, die demokratischen Kräfte außerhalb der EU zu unterstützen und sich nicht von den östlichen Nachbarn abzuwenden.

Andrzej Grzyb MdEP, stellvertretender Leiter der polnischen Delegation (Polnische Volkspartei – PSL) der EVP-Fraktion im EP, äußert sich zufrieden darüber, dass die Sitzung in der Region organisiert wurde, in der die PSL gegründet wurde. Hinsichtlich der Themen der Sitzung fordert er die EU und die Staats- und Regierungschefs der europäischen Staaten auf, schnell zu handeln, um die Gewalt in der Ukraine zu beenden. In Bezug auf die Energiepolitik vertritt er die Auffassung, dass abgesehen von den ehrgeizigen umweltpolitischen Vorgaben die Schaffung einer Energiegemeinschaft die Gelegenheit bieten würde, verstärkt mit den östlichen Nachbarn zusammenzuarbeiten. Er erwähnt die positiven Auswirkungen der europäischen Fonds im Bereich Energie und weist entschieden darauf hin, dass eine Verbesserung der Energieeffizienz der EU erforderlich ist.

Zum Abschluss stellt Herr Grzyb fest, dass diese Vorstandssitzung die letzte vor der Europawahl ist. Er spricht den Wunsch aus, dass auf dem Kongress in Dublin



Jan **Olbrycht** MdEP, stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (EP), Jacek **Protasiewicz** MdEP, Leiter der polnischen Delegation (Bürgerplattform) der EVP- Fraktion und Vizepräsident des EP und John **Biesmans**, Stellvertretender Generalsekretär der EVP-Fraktion

eine echte politische Erklärung zu den Grundlagen der europäischen Bürgerschaft abgegeben wird.

Faniry Solofoson

THEMA I: LAGE IN DER UKRAINE

Vorsitz

Jacek Protasiewicz MdEP, Leiter der polnischen Delegation (Bürgerplattform) der EVP- Fraktion und Vizepräsident des EP, ist hoch erfreut, Verantwortliche der ukrainischen Opposition zu dieser Sitzung begrüßen zu können. Er stützt sich auf mehrere Beiträge in der Presse und in den sozialen Netzwerken, um eine äußerst Besorgnis erregende Sicherheitslage anzuprangern. Beunruhigt über die reale Gefahr eines internen Konflikts, ersucht er die Redner, sich zur absehbaren Entwicklung der jetzigen Situation und zur Rolle von Präsident Janukowytsch zu äußern.

Redner

Ostap Semerak, ehemaliger Abgeordneter im ukrainischen Parlament und Berater des Vorsitzenden der Partei Batkivschyna, liefert einen aufschlussreichen Augenzeugenbericht über die jüngsten Ereignisse auf dem Maidan. Er prangert sehr bewegt die Präsenz von Elite-Soldaten und Scharfschützen auf den Dächern Kiews und die steigende Zahl getöteter Demonstranten an.

Angesichts einer der schlimmsten politischen und wirtschaftlichen Krisen, die die Ukraine je erlebt hat, müssen dringend Lösungen herbeigeführt werden. Das Problem reiche weit über die ukrainischen Grenzen hinaus, und die Einbeziehung der EU sei offenkundig erforderlich. Herr Semerak verweist auf die verschiedenen Treffen zwischen der Opposition und Angela Merkel. Er bestätigt, dass Vereinbarungen mit Präsident Janukowytsch getroffen wurden, dass jedoch keine von diesem eingehalten worden sei, insbesondere was ein Ende der Gewalt und die Wiederaufnahme von Verhandlungen anbelangt.

Der Redner kommt dann auf die von der Opposition gemachten Vorschläge für einen Ausweg aus der

Krise zurück. Er beharrt auf der Notwendigkeit, einen friedlichen Dialog aufrechtzuerhalten. Es sei dringend geboten, sich wieder an einen Tisch zu setzen und einen institutionellen Wandel, die Einsetzung einer demokratischen Regierung, ein Programm wirtschaftlicher und sozialer Reformen und die Abhaltung von Präsidentschaftswahlen im Einklang mit der Verfassung von 2004 und in Zusammenarbeit mit der EU und dem IWF auszuhandeln.

Zunächst haben ein Ende der Gewalt und der Rückzug der Sondereinsatzkräfte der Polizei und der Armee Vorrang. Herr Semerak fordert eine internationale Vermittlung, insofern jeder direkte Dialog mit Viktor Janukowytsch unmöglich sei. Eine Untersuchungsmission der OSZE und der EU müsse die während dieser Demonstrationen verübten Straftaten verurteilen und ahnden.

Betreffend die Rolle der EU bedauert Herr Semerak, dass die Sanktionen nicht früher verhängt wurden. Er vertritt die Auffassung, dass die Präsidenten der Ukraine und Russlands nur die Sprache der Gewalt und Brutalität verstehen. Er appelliert an die EU, sich stärker durchzusetzen.

Schließlich verweist der Redner als Antwort auf die Kritiken, die Opposition würde die Straße nicht mehr kontrollieren, auf die Schwierigkeit, die Kommunikation mit den Demonstranten unter solchen Bedingungen aufrechtzuerhalten. Die Entscheidungen müssten rasch gefällt werden, zumal sich die Proteste nicht mehr auf die Stadt Kiew beschränkten. Zu diesem letzten Punkt zeigt er sich unnachgiebig: Es sei dringend geboten, den Prozess der Teilung des Landes zu stoppen und die nationale Einheit zu erhalten. Über die Lösungen müsse im Parlament und nicht auf der Straße entschieden werden.

Vitaliy Maksimenko, Generalkonsul der Ukraine in Polen, der keine Genehmigung erhalten hat, sich im Namen seiner Regierung zu äußern, ist es dennoch ein Anliegen, kurz Stellung zu nehmen.

Er erkennt an, wie wichtig eine solche Sitzung ist, bevor er die Zahl der Opfer bestätigt. Er begrüßt die Entsendung einer polnischen Delegation, um mit jeder Konfliktpartei zusammenzutreffen, wobei die Unterstützung Polens unerlässlich sei. Er zeigt sich beunruhigt über die Eskalation der Gewalt und die

Sitzung des Vorstands der EVP-Fraktion in **KRAKAU**



Vitaliy **Maksimenko**, Generalkonsul der Ukraine in Polen, Arnaud **Danjean** MdEP, Vorsitzender des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung des EP und Ostap **Semerak**, ehemaliger Abgeordneter im ukrainischen Parlament und Berater des Vorsitzenden der Partei Batkivschyna

Gefahr des Separatismus und besteht nachdrücklich auf einer dringend erforderlichen friedlichen Lösung.

Angesichts des derzeit in Kiew herrschenden Durcheinanders fordert **Arnaud Danjean** MdEP, Vorsitzender des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung des EP, dazu auf, sich zu mäßigen. Er beschreibt eine Krise des Regimes. Er bedauert, dass das ukrainische Regime weder Verantwortung für seine Handlungen (Einsatz von Gewalt gegen sein Volk) noch für einen Ausweg aus der Krise (Beendigung der Gewalt, Einführung einer verfassungsmäßigen Reform) übernimmt. Dieses Versagen des Regimes führe unvermeidlich zur Radikalisierung, obwohl es nach Auffassung von Herrn Danjean ehrbare Gesprächspartner innerhalb der Opposition gibt. Er stellt gemäßigte Vertreter, die konkrete Lösungen vorschlagen, einer extremistischen Minderheit gegenüber, die angesichts einer autistischen Macht leider stärker werde.

Er begrüßt das polnische Engagement, möchte jedoch die Grenzen der EU, was Diplomatie und Sicherheit betrifft, realistisch bewerten. Es seien mehrere Fehler in Bezug auf die Östliche Partnerschaft begangen worden. Herr Danjean zeigt sich verblüfft, was die Aufteilung der institutionellen Rollen anbelangt. Die

Ukraine stelle einen politischen und strategischen Faktor dar. Das Problem könne daher nicht zwischen einem europäischen Kommissionsmitglied und einem abgehalfterten Präsidenten geregelt werden. Das Engagement der großen Länder sei unverzichtbar. Beim Europäischen Rat vom Dezember 2013 haben sich die Staats- und Regierungschefs geweigert, ihre Verantwortung zu übernehmen, indem sie sich hinter dem technischen Verfahren der Kommission verschanzt haben. Nach Auffassung des Redners kann sich die EU nicht erlauben, die Verwaltung bestimmter geographischer Gebiete an gewisse Mitgliedstaaten zu delegieren. Das politische Gewicht Europas liege in der Gesamtheit, nicht bei den einzelnen Mitgliedstaaten. Die Union habe nur dann wirklich Gewicht, wenn sie ihre Entscheidungen als EU-28 trifft. Im Fall der Ukraine habe sie dies jedoch nicht getan.

Schließlich wirft Herr Danjean die Frage der mit Russland geteilten gemeinsamen Werte auf und fordert die europäischen führenden Politiker auf, die Fundamente der Partnerschaft EU-Russland zu überprüfen.

Aussprachen

Die anschließende Aussprache bietet den Abgeordneten Gelegenheit, ihre Solidarität mit dem ukrainischen Volk zu bekunden und gewisse Bedenken anzusprechen.

- Die Entwicklung der Lage in der Ukraine: Herr **Grzyb** möchte sich auf die künftigen Etappen konzentrieren. Insbesondere die verübten Straftaten müssten geahndet und die Sanktionen müssten angewendet werden.

Frau **Hübner** ruft dazu auf, eine langfristige politische Lösung ins Auge zu fassen, umfassende Reformen einzuleiten und einen Raum des Rechts zu schaffen, der der Demokratie den Weg ebnet. Die Modernisierung müsse zu geringsten sozialen Kosten erfolgen.

- Die Rolle der EU: Die Redner äußern sich sehr kritisch gegenüber dem europäischen Vorgehen. Während Herr **Zeller** von einem Scheitern der GASP spricht, vertritt Frau **Pack** die Auffassung, dass die EU es an Einheit und politischem Einfluss habe fehlen lassen. Herr **Sonik** bedauert seinerseits, dass die Union in ihrer Beziehung zur Ukraine niemals eindeutig gewesen sei. Herr **Casa** wirft die Frage der Finanzhilfe auf, die die

EU bereit wäre, der Ukraine zu gewähren. Schließlich erinnert Herr **Peterle** an die globalen Auswirkungen der ukrainischen Krise und ruft dazu auf, alle unsere politischen Ressourcen zu mobilisieren, um den derzeitigen demokratischen Prozess zu unterstützen. Einen Prozess, in dem die europäischen Organe eine gewisse Rolle zu spielen haben, meint Herr **Millan Mon**. Es seien mehr Logik und Beständigkeit im europäischen Vorgehen erforderlich.

- Die Beziehungen zu Russland: Herr **Gahler** wünscht, die EU möge sich konkret gegenüber Wladimir Putin durchsetzen. Die Zukunft der Ukraine dürfe weder in Brüssel noch in Moskau entschieden werden. Herr **Audy** stellt eine Verschlechterung der Beziehungen EU-Russland fest und fordert zu einem wirklichen politischen Dialog zwischen den beiden Seiten auf. Herr **Siekierski** warnt vor einem Willen auf Seiten Russlands, die Kontrolle der Ukraine zu übernehmen, und wirft die Frage auf, mit welchen Mitteln die russische Position in dem Land geschwächt werden könnte.

Janusz Lewandowski, für den Haushalt zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, äußert sich zu der Wirtschaftskrise, die die Ukraine zurzeit durchmacht. Er erinnert daran, dass das Land bankrott und hauptsächlich von russischen Krediten abhängig ist. Welche Alternative kann die EU vorschlagen, die nicht bürokratischer Natur ist? Beunruhigt über drohende wirtschaftliche Unruhen



Jacek **Saryusz-Wolski** MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion

stellt das Kommissionsmitglied die Frage nach der Haushaltskapazität der EU, um die demokratische Neuorientierung der Ukraine zu unterstützen.

Herr **Semerak** antwortet auf die Redner und schließt Viktor Janukowytsch von der Lösung aus. Die Sanktionen seien von wesentlicher Bedeutung gegen ein Regime, das Waffen gegen friedliche Demonstranten einsetzt. Bestürzt bemerkt Herr **Semerak**, dass während der 20 Minuten währenden Sitzung sieben Menschen getötet wurden, was der Hälfte der Teilnehmer entspricht. Daher sei es dringend geboten, eine entmilitarisierte Zone in Kiew einzurichten.

Was den Einfluss der Troika betrifft, gehe es darum, das Parlament zu bewegen, seine Sitzung wieder aufzunehmen und einen neuen „Marshallplan“ vorzubereiten, der über das derzeitige Assoziierungsabkommen hinausgeht. Die Liberalisierung der Visaerteilung würde ein starkes Signal der Unterstützung aussenden. Die EU wie auch die EVP müssten sich direkt an das ukrainische Volk wenden.

Herr **Danjean** verurteilt die Propagandaarbeit der Europagegner, die glauben machen will, dass die Krise in der Ukraine von der EU ausgelöst wurde. Die öffentliche Meinung in Europa dürfe nicht in diese Falle gehen.

Fazit

Jacek Saryusz-Wolski MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion, beendet die Aussprache und zeigt sich erfreut, dass die EVP in dieser Krise ein Akteur und nicht einfach nur Beobachter ist. Er rät dennoch zur Vorsicht: Der Dialog sei unverzichtbar und dürfe nicht durch die Sanktionen verhindert werden. Es gehe allein um eine kurzfristige Lösung, das wirkliche Ziel sei das gegenseitige Verständnis. Über die Sanktionen hinaus müsse die EU in einheitlicher und kohärenter Weise vorgehen. Die Entsendung einer Beobachtungsmission oder ein friedenserhaltender Einsatz sollten in Betracht gezogen werden, um die Ukrainer zu beruhigen. Zur Zukunft der Ukraine kommt Herr Saryusz-Wolski auf die Etappen auf dem Weg zu einer friedlichen Lösung zurück: die Einsetzung einer Regierung aus Fachleuten, die Abhaltung von Wahlen unter internationaler Beobachtung und die Stärkung der Oppositionsparteien.

Als Fraktion müsse die EVP vor Ort präsent sein und den Kontakt zu allen Parteien aufrechterhalten. Die Grenzregionen müssten unterstützt werden, und es müsse dazu beigetragen werden, den negativen Einfluss Moskaus einzudämmen und gleichzeitig die gegen die EU gerichtete Propaganda zu bekämpfen. Zu diesem Zweck müsse diplomatischer Druck auf Russland ausgeübt werden.

Abschließend warnt Herr Saryusz-Wolski davor, diejenigen, die an erster Stelle ihrem persönlichen politischen Ehrgeiz frönen, bevorzugt zu behandeln. Man müsse weiterhin im Interesse der ukrainischen Bürger arbeiten. Eine souveräne und demokratische Ukraine - das stehe bei dieser Krise wirklich auf dem Spiel.

Faniry Solofoson

THEMA II: OPTIMIERUNG DER EUROPÄISCHEN FONDS ZUR ÜBERWINDUNG DER KRISE

Jan Olbrycht MdEP, stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (EP), Verantwortlicher für interkulturelle Beziehungen, eröffnet die Diskussion und hebt die



Janusz **Lewandowski**, Mitglied der Europäischen Kommission mit Zuständigkeit für Finanzplanung und Haushalt

beiden Aspekte des Themas hervor: die Optimierung der Fonds und die Krise. Den Fonds komme heute, während Europa im Begriff sei, die Krise zu überwinden, eine wesentliche Bedeutung zu. Das sei auch ein zentrales Thema für die Europawahlen.

Janusz Lewandowski, Mitglied der Europäischen Kommission mit Zuständigkeit für Finanzplanung und Haushalt, erklärt, dass Europa im Mai vor einer wichtigen Entscheidung stehen werde: Die Wahlen seien die Gelegenheit, die europäische Politik zu gestalten, sodass europäische Prioritäten in den Diskussionen breiteren Raum einnehmen würden als die nationalen Prioritäten. Man müsse daher zugunsten Europas argumentieren. Der europäische Haushalt sei bereits ein Teil der Lösung zur Finanzierung des Wachstums. 2012 seien beispielsweise die privaten Investitionen in Europa um 350 Mrd. EUR im Vergleich zu der Zeit vor der Krise gesunken. Dank der europäischen Fonds sei es gelungen, diesen Rückgang auszugleichen.

Seit 2007 seien 90 % der Investitionen in Ungarn und in der Slowakei durch europäische Fonds kofinanziert worden. Die Kofinanzierung seitens der EU im Rahmen europäischer Projekte habe im Zeitraum 2007-2012 die Schaffung von 594 000 Arbeitsplätzen und die Gründung von 262 000 KMU, die Unterstützung von 77 800 Start-up-Unternehmen, den Bau von 2700 Kilometern Eisenbahnschienen sowie den Bau oder die Modernisierung von 25 800 Straßenkilometern ermöglicht. Ferner sei es den europäischen Fonds zu verdanken, dass 5 Millionen EU-Bürger Zugang zu Hochgeschwindigkeitsinternet sowie 3,2 Millionen EU-Bürger Zugang zu Trinkwasser erhalten hätten. Allein durch den Europäischen Sozialfonds würden jährlich 15 Millionen Teilnehmer unterstützt.

Der vor Kurzem verhandelte und beschlossene neue Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) erfülle zwar nicht alle Erwartungen. Er sei jedoch jetzt flexibler und ermögliche es, mit weniger Ausgaben mehr Europa zu erzielen. Die Kohäsionspolitik habe mit Einschnitten von 30 Mrd. EUR am meisten gelitten. Das Europäische Parlament habe auch unterstrichen, wie wichtig die makroökonomischen Bedingungen für die Kohäsion seien. Noch vor den Wahlen sollte eine erste Partnerschaftsvereinbarung geschlossen werden.

Im nächsten Haushalt liege ein Schwerpunkt auch auf langfristigen Investitionen, und zwar insbesondere mit der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF – Connecting Europe Facility), die darauf abziele, die Attraktivität von Investitionen in Europa zu steigern. Ziel dieses Fonds sei es, die Risiken dieser Investitionen abzufedern und grenzüberschreitende Investitionen umzusetzen.

Das für KMU bestimmte Programm COSME habe einen Gesamtumfang von 2,3 Mrd. EUR, davon die Hälfte in Form von Darlehen, und ziele speziell auf Investitionen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ab.

Im Programm „Horizont 2020“ wiederum seien Investitionen in Höhe von 80 Mrd. EUR für Forschung und Innovation vorgesehen.

Abschließend sei festzustellen, dass Europa in der Lage sein müsse, auf Krisen zu reagieren, seien es Wirtschafts- oder Klimakrisen. Doch Europa müsse auch glaubwürdig sein: Das sogenannte „Frontloading“, d. h. die vorgezogene Finanzierung, das bei bestimmten Programmen zum Beispiel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder zur Unterstützung von KMU eingesetzt werde, handele es sich meist um politische Versprechen, deren konkrete Umsetzung in den Programmen Schwierigkeiten bereite. Für KMU sei es beispielsweise enorm wichtig, eine Zusammenarbeit mit der EIB zu organisieren. Das gelte insbesondere für Portugal, Malta, Spanien und Griechenland, die für die Antragsteller nicht besonders attraktiv seien.

Ferner gebe es noch das Problem der Zahlungen aus dem letzten Rahmenprogramm, die unverändert zu leisten seien, obwohl das derzeitige Rahmenprogramm niedrigere Obergrenzen vorsehe.

Rafał Trzaskowski, polnischer Minister für Verwaltung und Digitalisierung, erinnert zu Beginn seines Beitrags daran, dass Polen gezwungen gewesen sei, nach der Learning-on-the-job-Methode den verschwendungsfreien Umgang mit den europäischen Fonds zu erlernen und dass es sich vor seinem EU-Beitritt über die Erfahrungen anderer Mitgliedstaaten informiert habe, um bewährte Verfahren einzuführen. Anschließend legt der Minister dar, dass das für die Digitalisierung ausgegebene Geld die Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft

steigern werde. Die ausgewählten Projekte müssten allerdings umgesetzt werden und erfolgreich sein. Deshalb müsse man bei der Auswahl der Projekte sehr genau hinschauen. Bei der Digitalisierung müssten bewährte Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten ausgetauscht werden. In diesem Bereich habe Polen aufgrund seines größeren Wachstumspotenzials eine Reihe von Mitgliedstaaten überholt. Die Breitbandversorgung in den großen Städten sei zuweilen besser als in Deutschland, Frankreich oder Italien. Die Probleme lägen heute vor allem in den Randgebieten. Die digitale Agenda bleibe daher eine der drei aktuellen Hauptprioritäten. Beim Breitband entwickle Polen Wirtschaftsvereinbarungen, um eine hochwertige Infrastruktur sicherzustellen: Soweit praktikabel übernahmen privatwirtschaftliche Betreiber die Investitionen, und wenn nicht, müsse – insbesondere in Randgebieten – der Staat einspringen. Ziel sei es, bis 2020 eine weitgehend flächendeckende Breitbandversorgung zu erzielen.

Im Bereich Online-Dienste gebe es zurzeit mehrere offene Themen, beispielsweise bei der Steuerzahlung per Internet. Dafür seien jedoch Anstrengungen seitens der öffentlichen Verwaltung erforderlich, da man den Benutzern eine einfache Lösung bieten müsse, beispielsweise durch vorausgefüllte Formulare oder durch einen eindeutigen Identifizierungsschlüssel.

Ferner stehe die Transparenz im Zentrum der polnischen Digitalisierungspolitik: Es gehe darum, möglichst viele Daten über das Internet zugänglich zu machen, um vorteilhafte Bedingungen für die Wirtschaft zu schaffen. Schließlich sei auch die Frage der Kompetenz zu berücksichtigen: Die Bürger müssten in der Lage sein, das Internet zu benutzen.

Marek Sowa, Woiwodschaftsmarschall der Region Klempolen (Małopolska), ruft in Erinnerung, dass sich Polen und die Ukraine im Jahr 1990 auf dem gleichen Entwicklungsstand befunden hätten. Würde man heute einen Vergleich zwischen den beiden ziehen, würde man einen erheblichen Unterschied feststellen. Die Antwort auf dieses Rätsel sei einfach: Dank Europa sei Polen heute da, wo es jetzt stehe. Seit Polen frei und Mitglied der EU sei, habe es sich schneller verändern können. Das sei auch durch Reformentscheidungen gelungen: Dezentralisierung, soziale Initiativen, die

Verwaltungsreformen des Jahres 1999, durch die den Regionen mehr Befugnisse verliehen worden seien.

Derzeit würden 40 % der für Polen bestimmten Mittel aus europäischen Fonds in die Regionen fließen. Die Zentralregierung vertraue ihren Regionen.

Seit 10 Jahren wachse das BIP konstant. Der öffentliche Sektor sei ein maßgeblicher Investor. Der Wirtschaftsabschwung in Europa habe sich mit einer gestiegenen Arbeitslosigkeit sowie einem Rückgang der öffentlichen und privaten Investitionen auch auf Polen ausgewirkt. Doch dank der europäischen Fonds hätten diese Probleme durch öffentliche Investitionen ausgeglichen werden können, sodass das BIP weiter gewachsen sei.

Die Region um Krakau zähle 3 Millionen Einwohner. Sie erhalte als zweibeölkerungsreichste Region Polens die meisten EU-Zuwendungen, nämlich 15 Mrd. Zloty (4 Mrd. EUR), unter anderem für Investitionen im Rahmen der EU-Strategie 2020. Dies sei auch ein Mittel zur Förderung der Lebensqualität und der Beschäftigung.

Esgelte, ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen europäischen Strategien zur Stärkung der industriellen Entwicklung zu wahren. Seit einiger Zeit bestehe in der Woiwodschaft Kleinpolen die Absicht, die Wirtschaft auf den Chemiesektor zu spezialisieren. Diese Region habe zwar kulturelle Stärken, aber sie sei eben auch die Wiege der Chemie- und der Metallindustrie. Im Bereich der Innovation gebe es mehrere Prioritäten. Die technologische Weiterentwicklung werde anhalten, in den Bereichen Multimedia, Energie, Kreativität usw. Über 50 % der Fonds seien für diese neuen Wirtschaftszweige bestimmt. Den Universitäten komme hier langfristig eine wichtige Rolle zu. In der Kommission seien Projekte ausgearbeitet worden, um die Entwicklung Kleinpolens zu unterstützen.

Róża Gräfin von Thun und Hohenstein MdEP, stellvertretende Vorsitzende der Bürgerplattform Krakau, beginnt ihren Beitrag mit der Erklärung, dass die Europäische Union seit den Gründervätern auf dem Grundsatz der Solidarität beruhe. Das werde heute in messbarer Weise umgesetzt und sei eine greifbare Realität. Die EU-Fonds seien in qualitativer Hinsicht für ganz Europa eine Kulturrevolution. Man müsse sie optimieren, indem man sie verbessere, wobei man nicht

unbedingt mehr Europa fordern, sondern die Planung intensivieren sollte. Es sei wichtig, die Zielvorgaben der Projekte neu zu formulieren, sodass sie in konkrete Umsetzungen münden. In diesem Zusammenhang sei auch Transparenz wichtig.

In Krakau erhielten 14 000 Personen Beihilfen für ihre Unternehmen. Hier wäre mehr Dynamik möglich, wenn der Binnenmarkt nicht so zersplittert wäre. Zwar habe die Europäische Union die Rechte der Verbraucher gestärkt, eine Senkung der Roamingtarife erzwungen und für die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen gesorgt. Die Märkte öffneten sich, mit der Zeit auch nachhaltig. Die Mitgliedstaaten müssten die Richtlinien aber fristgerecht umsetzen, was derzeit nicht der Fall sei.

Sie fragt, wie es möglich sein könne, dass nach 20 Jahren Binnenmarkt noch immer Roaminggebühren zu zahlen seien, während sich zugleich der elektronische Handel sehr rasch entwickle. Warum seien internationale Fahrkarten stets teurer als nationale, ungeachtet der Entfernung? Warum gebe es noch immer 28 verschiedene Urheberrechte in Europa? Es sei unabdingbar, die Marktreformen fortzusetzen und die europäischen Fonds zu optimieren. Dabei müsse man die von den Gründervätern für Europa und die Europäer formulierte Zukunftsvision stets im Auge behalten.

Paweł Orłowski, stellvertretender polnischer Minister für Infrastruktur und Entwicklung, erläutert, dass der europäische Haushaltsplan in einer Krisenzeit erstellt worden sei. Man habe das richtige Gleichgewicht finden müssen, und in diesem Zusammenhang biete Polen ein gutes Beispiel für den Einsatz europäischer Fonds zur Bekämpfung der Krise.

Makroökonomisch gesehen habe sich 2009 der Großteil der europäischen Länder in einer Rezession befunden. In Polen sei dies nicht der Fall gewesen, sondern es habe insbesondere dank der Strukturfonds ein Wachstum von 2 % erzielen können. Nach Ansicht der polnischen Regierung werde dieses Wachstum anhalten. Die Kohäsionspolitik habe die Prüfung durch die Krise glänzend bestanden.

Mikroökonomisch gesehen sei es dank des Europäischen Sozialfonds (ESF) gelungen, den Arbeitsmarkt zu stützen. Über 170 000 Unternehmen seien gegründet worden. Die Mittel seien nicht

verschenkt sondern wirklich investiert worden, denn 18 Monate nach ihrer Gründung seien diese Unternehmen nach wie vor aktiv. Dies sei eine wirksame Maßnahme, durch die über 25 % der derzeit in Polen bestehenden Kleinunternehmen mithilfe der europäischen Fonds ins Leben gerufen werden konnten. Das sei das Ergebnis der Kohäsionspolitik in ihrer Gesamtheit.

Der ESF sei für die Unternehmer ein entscheidender Faktor, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung von Qualifikationen. Der Bedarf der Arbeitgeber in diesem Bereich sowohl hinsichtlich der formellen als auch der informellen Bildung habe ermittelt werden können. Über 800 000 Arbeitslose hätten von den Schulungsprogrammen profitiert, und 50 % von ihnen hätten in den Monaten darauf einen Arbeitsplatz gefunden.

Der Minister erinnert daran, dass die Wettbewerbsfähigkeit nicht zulasten von Beschäftigung und Qualität gehen dürfe.

Im MFR 2014-2020 sei ein erheblicher Teil der Mittel für Forschung und Innovation vorgesehen. Zahlreiche Unternehmen seien bereit, in diesem Bereich in Polen zu investieren. Die Haushaltsmittel seien zwar begrenzt, aber man müsse Verfahren schaffen, welche die Umsetzung von Projekten mit hoher Wertschöpfung ermöglichen.

Zur Optimierung der Verwendung der europäischen Fonds schlägt der Minister vor, die Verfahren zur Kapitalnutzung bis 2020 zu regulieren. Es gebe derzeit Instrumente, die eine gewisse Reife seitens der Unternehmen voraussetzten, während man eigentlich über 2020 hinaus denken und Multiplikatoreffekte für derartige Investitionen anstreben müsse.

Ramón Luis Valcárcel Siso, Präsident des Ausschusses der Regionen, erläutert, dass sich der Ausschuss dafür eingesetzt habe, auf europäischer Ebene ein gutes Verständnis für die Belange der Gebietskörperschaften zu schaffen. In Zeiten der Wirtschaftskrise sei es erforderlich, Wachstum und Beschäftigung aufrechtzuerhalten, damit das europäische Projekt weiterhin glaubwürdig bleibe. Bestimmte Dinge seien angesichts der Krise in Frage gestellt worden: Die Antieuropäer hätten die Probleme im Zusammenhang mit der Krise gezielt aufgegriffen,



Rafał Trzaskowski, polnischer Minister für Verwaltung und Digitalisierung, Róża Gräfin von Thun und Hohenstein MdEP, stellvertretende Vorsitzende der Bürgerplattform Krakau und Ramón Luis Valcárcel Siso, Präsident des Ausschusses der Regionen

um die Glaubwürdigkeit Europas zu schmälern. Europa müsse aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger wieder zur Lösung werden und nicht das Problem sein. Die Ausgaben müssten wirkungsvoller erfolgen, und den Regionen komme hierbei eine maßgebliche Rolle zu, denn sie seien an der Umsetzung der Kohäsionspolitik aktiv beteiligt.

Die Kohäsionspolitik habe bei der Konvergenz der europäischen Regionen eine Schlüsselrolle gespielt. Dies sei eine der Hauptachsen zur Lösung des Beschäftigungsproblems. 16,2 % der öffentlichen Ausgaben in der Europäischen Union würden durch die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften erfolgen. Zur Optimierung der europäischen Fonds sei es daher erforderlich, die Kohäsionsfonds als Investitionsfonds zu begreifen und nicht als Ausgaben der öffentlichen Hand. Zu diesem Zweck müsse man die einschlägigen Hindernisse in der Kohäsionspolitik abbauen sowie in Wissen und Forschung investieren. So müsse man beispielsweise die Verbindung zwischen der Kohäsionspolitik und dem Programm „Europa 2020“ stärken. Ebenso hätten die öffentlich-privaten Partnerschaften eine zentrale Bedeutung, man müsse umfassende Investitionen aktivieren sowie der Europäischen Investitionsbank mehr Raum geben. Dezentralisierung und Multi-Level-Governance stünden im Kern des Prozesses. Um das Gefühl der

Nähe zu fördern und die Verwendung der Fonds zu verbessern, müsse man diese beiden Faktoren stärken, da sie zur Entfaltung von Demokratie und lokaler Autonomie beitragen könnten. Die Planung müsse mit den Regionen und der Kommission erfolgen. Alle Akteure müssten beteiligt werden, um die Nachverfolgung der Investitionen sicherzustellen. Hr. Valcárcel Siso plädiert für die Suche nach Synergien zwischen den lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Fonds, um der korrekten Durchführung der Programme und gegebenenfalls der Neuzuweisung ihrer Ressourcen wieder echten Auftrieb zu geben. Man müsse ehrgeizig und innovativ sein und die erforderlichen Reformen durchführen, denn Europa sei nicht das Problem, sondern die Lösung.

Es folgt die Diskussion mit den Zuhörern.

Jean-Pierre Audy MdEP, ergreift das Wort, um zu fragen, wie es denn derzeit um die Restmittel stehe. Hr. Audy möchte auch wissen, ob es angesichts der derzeitigen Schwierigkeiten nicht denkbar wäre, die Verwaltung der Fonds der Kommission zu übertragen, anstatt das bestehende Modell der gemeinsamen Verwaltung mit den Mitgliedstaaten fortzuführen. Ferner fragt sich Hr. Audy hinsichtlich der im MFR für das Jahr 2016 geplanten Überprüfung, ob es nicht

möglich wäre, in den Bereichen Digitalisierung und Verkehr einen großen Infrastrukturplan für Europa vorzusehen.

Kommissar **Lewandowski** entgegnet, dass die derzeitige Verwaltung der Fonds durch die Mitgliedstaaten alles andere als schlecht sei und dass nur ein kleiner Bruchteil davon tatsächlich zweckentfremdet werde. Die Mitgliedstaaten verwalteten 80 % der Fondsmittel, und bei den festgestellten Unregelmäßigkeiten handele es sich in aller Regel nicht um Betrug. In 95 % der Fälle gehe es um Formfehler.

Hinsichtlich der für 2016 vorgesehenen Überprüfung ruft der Kommissar in Erinnerung, dass immer mehr Staaten der EU als Nettoempfänger beitreten würden. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, mit weniger Geld für mehr Europa zu sorgen.

Zur Frage der Überprüfung der gemeinsamen Verwaltung wendet sich **Jan Olbrycht** ringsum an die Podiumsmitglieder: **Paweł Orłowski** hält dies nicht für erforderlich, während **Rafał Trzaskowski** es zum gegenwärtigen Zeitpunkt für kontraproduktiv hält, da man ja über eine Rückverlagerung von Kompetenzen in die Mitgliedstaaten nachdenke. Nach Ansicht von **Róża Gräfin von Thun und Hohenstein** sollte man gemeinschaftliche Einrichtungen erhalten.

Doris Pack fragt sich, wie es denn um die Zukunft des ERASMUS-Programms bestellt sei, das derzeit – nach dem Schweizer Volksentscheid zur Begrenzung der Zuwanderung einschließlich der europäischen Zuwanderung – in Frage gestellt sei.

Czesław Adam Siekierski äußert sich zu jenen Fondsmitteln, die zwar bereitgestellt worden seien, auf die aber während der Krise nicht ausreichend zugegriffen worden sei, und die mitgliedstaatliche Hilfen ersetzen könnten. Hr. Siekierski ruft auch zu mehr Infrastrukturinvestitionen für Polen auf und weist darauf hin, dass die Verwaltung der europäischen Fonds mit einer globalen Perspektive erfolgen müsste.

Im Hinblick auf ERASMUS beruhigt Kommissar Lewandowski Doris Pack und versichert ihr, dass



Danuta **Hübner** MdEP, Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung des EP, Marek **Sowa**, Woiwodschaftsmarschall der Region Kleinpolen (Małopolska) und Paweł **Orłowski**, stellvertretender polnischer Minister für Infrastruktur und Entwicklung

dieses Programm ein Erfolg sei und dass in Bezug auf die Schweiz derzeit noch nichts entschieden sei.

Danuta Huebner MdEP, Vorsitzende des Ausschusses für regionale Entwicklung des EP, beschließt die Podiumsdiskussion und stellt fest, dass sie zur langfristigen Betrachtung des MFR im Hinblick auf die Überwindung der Krise angeregt habe. In den Diskussionen sei man sich einig gewesen, dass sich Europa für Wachstum engagieren müsse, in Polen ebenso wie in Griechenland oder andernorts. Der MFR sei ein Investitionshaushalt, der in sehr strikte Finanzierungskriterien eingebunden sei, mit klaren Pflichten sämtlicher Einrichtungen. Wichtig sei eine starke Verbindung zwischen den großen europäischen Politikbereichen und dem Europäischen Semester als zentralem Element der europäischen Regierungsführung. Diese Verbindung liefere den makroökonomischen Rahmen zur Festlegung korrekter Finanzvorschriften. Es gehe nicht darum, mit einem Schema aus Vorkrisenzeiten über Wachstum zu sprechen, sondern um ein neues Paradigma, bei dem auf diversifiziertes Wachstum gesetzt werde (Internet, Klima, Umwelt, ...), sodass zugleich starke Prioritäten und Flexibilität erforderlich seien, um Gelder in Abhängigkeit von den jeweiligen Anforderungen umschichten zu können. Die öffentlichen Investitionen seien ein starker Hebel, und der MFR sei konzipiert worden, um den Einsatz dieses Hebels zu ermöglichen. Er wirke als Katalysator, denn sobald es europäische Fonds gebe, kämen auch Investoren, die hinsichtlich des Funktionierens und der Qualität des öffentlichen Dienstes Sicherheit gewinnen würden. Dies gelte besonders für die von der Krise hart getroffenen Länder mit verstärktem Kofinanzierungsbedarf. Der MFR wirke sich auf sämtliche Instrumente und auf die europäischen Programme von „Europa 2020“ aus. Über den europäischen Mehrwert habe man wenig gesprochen, doch er ergebe sich aus der Zusammenarbeit. Diese Politik sei wichtig, da es sich um ein europäisches Instrument zur Wirtschaftsfinanzierung handele, das auch ein Wachstumspotenzial habe.

Fr. Huebner betont die Bedeutung eines Konvergenzmechanismus für grenzübergreifende Dienste. Ebenso sei ein Partnerschaftsrahmen erforderlich, um die Partner – d. h. Basis, Behörden

und Regierungen sowie Zivilgesellschaft – für die gemeinsame Verwaltung zu mobilisieren. So schaffe man Verantwortlichkeit und ein starkes Gefühl von Akzeptanz. Es sei ein gutes Mittel, um Europa positiv ins Gespräch zu bringen.

Die anstehenden Wahlen solle man nutzen, um die Rolle des Europäischen Parlaments bei der Ausarbeitung dieser Strategien sowie die Rolle, die sie im Leben der europäischen Bürgerinnen und Bürger spielen, zu verteidigen. Man müsse den Wählern zeigen, wie wichtig Europa für sie sei.

BESONDERE INTERVENTIONS

Manfred Weber MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, zuständig für die Arbeitsgruppe Justiz und Inneres, entschuldigt sich für die Abwesenheit von Präsident Jerzy Buzek und übergibt anschließend das Wort an den Hauptredner.

Janusz Piechociński, Vorsitzender der Polnischen Volkspartei (PSL) und stellvertretender Premierminister Polens, erinnert daran, dass die PSL 2015 ihr 120-jähriges Bestehen feiere. Mit 144 000 Mitgliedern sei die PSL heute die größte politische Partei Polens. Das kommende Jahr werde Gelegenheit



Andrzej Grzyb MdEP, stellvertretender Leiter der Polnischen Delegation (Polnische Volkspartei) der EVP-Fraktion im EP und Janusz Piechociński, Vorsitzender der Polnischen Volkspartei (PSL) und stellvertretender Premierminister Polens

bieten, all diejenigen zu ehren, die dazu beigetragen hätten, ein freies, auf gegenseitigem Verständnis beruhendes Polen zu formen. Die unbestreitbaren wirtschaftlichen und politischen Fortschritte der letzten Jahre ermöglichen es Polen, positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung der EU beizutragen.

Janusz Piechociński geht anschließend auf die Energiefrage ein, womit er zum Thema dieser Sitzung überleitet. Er ist der Auffassung, dass Energie eines der Schlüsselemente der europäischen Wirtschaftspolitik ist. Er erklärt, dass die Energieerzeugerländer die Krise besser bewältigt hätten und dass durch effiziente und erschwingliche Energie dafür gesorgt werde, dass Arbeitsplätze geschaffen würden. Von daher sei dieses Thema für die Wähler von entscheidender Bedeutung.

Er spricht sich für einen europäischen Energiemarkt aus. Dadurch sei es möglich, sich der Herausforderung des Klimawandels entgegenzustellen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Auch wenn es durch die derzeitige Krise erforderlich sei, die treibenden Kräfte für Wachstum zu hinterfragen, biete die Energiefrage die Möglichkeit, die europäische Industrie umzustrukturieren. In diesem Kontext gehe es darum, diese Branche, die heute 20 % des europäischen BIP ausmache, wieder anzukurbeln. Dazu gebe es verschiedene Möglichkeiten, v. a. die Förderung einer wahren Energiesolidarität sowie die Reglementierung des Binnenmarktes, um den Risiken der Rückkehr des Protektionismus entgegenzuwirken.

Die industrielle Modernisierung dürfe jedoch nicht zulasten der Umwelt gehen. Eines der Ziele der Strategie Europa 2020 sei es, mit weniger Energie mehr zu produzieren. Man müsse investieren und stärker innovative und leistungsstarke Branchen unterstützen. Diesbezüglich verweist Herr Piechociński auf das Beispiel der Umstrukturierung des polnischen Energiesektors. Er erinnert an die Zielsetzungen, die bei der COP19 in Warschau festgelegt wurden, und an den Einsatz Polens, das 90 % seiner Elektrizität durch Kohle erzeuge, für eine kohlenstoffarme Energieerzeugung. Er rät zu einer realistischen und rationalen Energiepolitik, bei der die Unternehmer

einbezogen würden und ein Ausgleich zwischen industriellen und Klimazielen beachtet würde.

Für die unmittelbare Zukunft wünsche er sich, im Rahmen der nächsten COP in Peru die Verabschiedung eines bereits seit langer Zeit diskutierten Abkommens über Kohle und die Harmonisierung der internationalen Normen in diesem Sektor. Auf europäischer Ebene müssten regionale Fonds dazu genutzt werden, eine kohlenstoffarme Wirtschaft zu schaffen. Man müsse Unternehmen mit guten Ideen unterstützen und verstärkt auf privates Kapital zurückgreifen. Wolle man den Energiepreis bis 2020 senken, müsse man zwangsläufig das Potenzial erneuerbarer Energien nutzen und die Energieerzeugung diversifizieren. Dies habe angesichts des angestrebten Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika sogar noch an Bedeutung gewonnen.

Zum Abschluss zeigt sich Herr Piechociński besorgt über die EU-feindliche Stimmung, die immer radikaler werde. Mit Nachdruck verweist er auf die Botschaft, die ihm Rahmen der Wahlen im Mai 2014 verbreitet werden müsse: es müsse der Mehrwert von Europa betont werden.

Faniry Solofoson

THEMA III. UMGESTALTUNG DER ENERGIEPOLITIK DER EU

Michel Barnier, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volkspartei, ruft zur Überwindung der Zersplitterung und Spaltung im Energiebereich auf. Hierin liegt nach Auffassung des Kommissars in den kommenden Jahren die Herausforderung für Europa, um auch eine solide industrielle Basis aufzubauen. Zunächst stellt der Kommissar fest: Man müsse verstehen, um handeln zu können. Europa produziere – um es in einigen Zahlen auf den Punkt zu bringen – gerade einmal 46 % des eigenen Energieverbrauchs, der sich zu 2/3 in fünf Ländern (insbesondere Polen) konzentriere. Die Energieabhängigkeit habe sich 2012 auf 53 % belaufen, 2020 würden es 70 %

sein. Das werfe natürlich Fragen hinsichtlich der Energiesicherheit Europas auf. Die Energierechnung belaste die Kaufkraft, insbesondere die der sozial Schwächsten. Der Preis für eine kWh sei von 2009 bis 2013 um durchschnittlich 40 % gestiegen. Die Unternehmen müssten für ihr Gas viermal so viel bezahlen wie in den USA und doppelt so viel wie in Russland. Das Problem der Energie sei nicht nur für Umweltschützer relevant. In der Umwelt vollzögen sich derzeit gewaltige Veränderungen, was sich auch auf die Wirtschaft bestimmter Regionen tiefgreifend auswirken werde. So werde beispielsweise die Klimaerwärmung den Tourismus in den Bergregionen beeinträchtigen. In den letzten 25 Jahren sei die Weinlese in Südfrankreich um acht Wochen nach vorne gerückt. Man müsse ein Wachstum anstreben, bei dem weniger Energie verbraucht wird. Andernfalls gehe Europa auf eine Mangelwirtschaft zu.

Anschließend schlägt der Kommissar eine Reihe von europäischen Zielvorgaben vor. In den Jahren 2007-2008 seien die Energie- und Klimaziele „20-20-20“ folgendermaßen festgelegt worden: 20 % weniger CO₂-Emissionen, 20 % erneuerbare Energien, 20 % mehr Energieeffizienz. Während das erste Ziel fast erreicht sei (derzeit liege Europa bei 18 %), sei dies bei den beiden anderen nicht der Fall. Am 24. Januar habe die Kommission einen Vorschlag vorgelegt, um bis 2030 noch mehr zu erreichen: 40 % weniger CO₂-Emissionen als 1990 bis zum Jahr 2030, 27 % erneuerbare Energien und eine Zielvorgabe für eine weiter gesteigerte Energieeffizienz. Diese Ziele seien realistisch, auch wenn manche mehr und manche weniger wollten. Man müsse sich eine vernünftige Frist setzen, um energieunabhängig zu werden, gleichgültig ob 2030 oder 2050, und zwar für jeden Mitgliedstaat individuell. Die Entscheidung müsse man den Mitgliedstaaten überlassen, sofern sie innerhalb des für die Umwelt gesetzten Rahmens blieben. So werde man den europäischen Energiemix erreichen.

Es seien Anstrengungen für Forschung und Investitionen in Infrastruktur erforderlich. Derzeit seien zahlreiche Schlüsseltechnologien mit der Energie verbunden. Innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre bestehe das Risiko, dass diese Technologien in die USA, nach Indien, nach China oder nach Japan



Dominique **Ristori**, Generaldirektor für Energie bei der Europäischen Kommission und Michel **Barnier**, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volkspartei

abwandern, wenn Europa sie nicht entwickle. Man müsse daher dafür kämpfen, sie in Europa zu erhalten. Hinsichtlich des Rests der Welt müsse man auch über eine Abgabe auf die Waren und Dienstleistungen nachdenken, die man verbrauche. Trotz des Rückgangs der CO₂-Emissionen innerhalb Europas habe sich die Kohlendioxidbilanz der Europäer aufgrund der Produkte, die aus Ländern mit höheren Emissionen importiert werden, nämlich weiter verschlechtert. Ferner müssten die Finanzmärkte zur Finanzierung der erforderlichen Investitionen in Infrastruktur und Netze beitragen.

Dominique Ristori, Generaldirektor für Energie bei der Europäischen Kommission, erläutert die beiden derzeit auf dem Energiemarkt vorhandenen Mechanismen. Zunächst den Angebotsmechanismus. Europa sei keine Energieinsel. Die Entwicklung von Schiefergas und von sonstigen nicht konventionellen Gasformen in den USA habe die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie sowie die Verbindung zwischen Energie und Industrie beeinträchtigt. 90 % der Wirtschaftstätigkeit seien von der Entwicklung der Energiepreise betroffen. Die USA erzeugten einen immer höheren Anteil ihres Bedarfs selbst und würden schon bald exportieren können.

Man müsse auch die Folgen der Einigung mit dem

Iran berücksichtigen, dessen Erdöl und Gas nun die Energiemärkte beeinflussen würden, insbesondere im Hinblick auf die Erdölzeugerländer am Persischen Golf. Ferner müsse man die Entwicklung der Nachfrage beobachten. Sie wirke sich sehr direkt auf die Preisbedingungen aus, ebenso wie der sehr harte Wettbewerb beim Zugang zu Energieressourcen. Die Schwellenländer entfalten einen zunehmenden Bedarf an Energieressourcen. Dabei seien der demografische Faktor und die Herausbildung einer Mittelschicht zu berücksichtigen. Das Ergebnis sei eine stärkere Konkurrenz mit einem fast sicheren Preisanstieg.

Außer bei Erdöl seien die Energiemärkte bisher nicht global gewesen. Der Gasmarkt entwickle sich jedoch gerade in dieser Richtung, was sich sehr deutlich auf die Entwicklung der Preise auswirken werde, die sich nun von den Erdölpreisen abkoppeln würden.

Wenn Europa mit einer Stimme sprechen würde, hätte es wesentlich mehr Marktmacht, um die Preise, Mengen und Zuweisungen beim Gas zu beeinflussen. Man müsse überlegen, wo man derzeit stehe und wohin es zukünftig gehen solle. Das Ziel sei die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit, mit einer Wirtschaft, die über die gesamte industrielle Wertschöpfungskette geringe CO₂-Emissionen verursacht. Daher müsse die derzeitige Energiepolitik gemäß den angestrebten Zielen neu ausgerichtet werden. So sei beispielsweise eine Verringerung der CO₂-Emissionen um 40 % zwar schwierig aber konsequent. Man müsse prüfen, was bei den erneuerbaren Energien gut und was weniger gut funktioniert habe. Heute komme 1/5 der Stromerzeugung in Europa aus erneuerbaren Quellen. Bei bestimmten erneuerbaren Energien seien die Kosten gesunken. Es sei jedoch nach wie vor schwierig, erneuerbare Energien und Großkraftwerke miteinander zu kombinieren. Es gebe auch ein Problem mit den Subventionen und Beihilfen für die erneuerbaren Energien, denn diese seien zuweilen ungerechtfertigt und würden zu Marktverzerrungen führen. Man müsse den Weg zu Systemen finden, in denen beides miteinander in Einklang gebracht und der Markt integriert wird und die mit dem Rest Europas kompatibel sind.

Europa habe hinsichtlich der Energienormen (beispielsweise mit den Ecolabels) den weltweit

fortschrittlichsten Haushaltsrahmen. Die Marktanteile müssten gehalten werden. Man müsse sich jedoch auch mit den noch ungenutzten Potenzialen beschäftigen: Beispielsweise entfielen 40 % des gesamten Energieverbrauchs in Europa auf das Bauwesen. Hier liege ein erheblicher Normungsbedarf. Auch der Verkehr biete ein noch unerschlossenes Einsparpotenzial, durch Verbesserungen bei der Qualität von Motoren, Kraftstoffen und Material. Schließlich seien auch Elektrogeräte zu berücksichtigen.

Die Mobilisierung der europäischen Fonds müsse als Schlüsselinstrument für Fortschritte in dieser Richtung genutzt werden. Im MFR seien zu diesem Zweck 23 Mrd. EUR vorgesehen, 5,8 Mrd. EUR für das Programm „Connecting Europe“ und 6 Mrd. EUR für die Entwicklung neuer Technologien sowie verbesserter Technologien.

Étienne Davignon, stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender von GDF-SUEZ Belgien, erläutert, dass elf große europäische Energieerzeuger einen Aufruf für eine europäische Energiepolitik vorgelegt hätten. Das sei eine Neuerung, stellt Hr. Davignon fest. Die Rahmenbedingungen seien derart schwerwiegend, dass die Gefahr einer Renationalisierung deutlich gestiegen sei. Man dürfe die Risiken einer fehlenden ernsthaften europäischen Energiepolitik und diese Renationalisierungsgefahr nicht unterschätzen.

Diese Unternehmen hätten seit mittlerweile drei Jahren keinen einzigen Euro in Europa investiert, da ihre Vermögenswerte für die Investoren keinen Wert mehr hätten. Diese Unternehmen würden seither überall auf der Welt investieren, nur nicht in Europa, eben weil es an einer europäischen Energiepolitik mangle. Das sei keine Drohung, sondern eine Tatsachenfeststellung. Wenn man beispielsweise nach dem Grund für die Schließung von Gaskraftwerken frage, dann müsse man feststellen, dass diese Kraftwerke nur noch der Versorgungssicherheit dienen würden. Diese Zweckbestimmung habe heute jedoch für die Märkte keinen Wert.

Hr. Davignon führt dieses Argument weiter aus, indem er darlegt, dass es nicht um Hilfen für eine Branche in der Krise gehe, sondern um die Verbesserung der

Funktionsbedingungen eines Marktes. Derzeit bestehe ein Paradox: Die Gesamtheit der klassischen und erneuerbaren Erzeugungskapazitäten übertreffe den Bedarf der Verbraucher. Das gehe jedoch nicht, und zwar aus drei Gründen:

- weil die Netze nicht miteinander verbunden seien;
- weil die Erzeugungskapazität nicht jederzeit verfügbar sei (da es Zeitpunkte ohne Wind oder Sonnenschein gebe);
- weil die Versorgungssicherheit keinen Marktwert habe.

Es gebe noch ein zweites Paradox: Das System zur Subventionierung der erneuerbaren Energien schaffe zwei parallele Märkte, im geometrischen Sinn des Begriffs, wie zwei Geraden, die sich niemals berühren. Der eine sei klassisch und habe einen Marktpreis, während der andere subventioniert werde.

Schließlich bestehe ein drittes Paradox, dass nämlich die Erzeugerpreise in Europa und in den USA vergleichbar seien, während die Verbraucher jeweils unterschiedliche Tarife bezahlten: In Europa seien sie wegen des Subventionierungssystems höher.

Im Ergebnis sei es unter diesen Bedingungen unmöglich zu versuchen, die Preise zu senken.

Zum Abschluss seines Beitrags führt Hr. Davignon drei Punkte an:

- erstens, dass die CO₂-Zertifikate eine Idee der Vergangenheit seien, die heutzutage keinen Nutzen mehr hätte;
- zweitens, dass man aus der technologischen Entwicklung lernen müsse: Entweder seien die Technologien inzwischen ausgereift und es gebe keinen Grund zu ihrer Subventionierung mehr, oder sie benötigten noch immer Unterstützung, was bedeute, dass sie nicht lebensfähig seien. Zudem sei es wichtig, diesen Aspekt der Subventionierung nicht allein den Mitgliedstaaten zu überlassen, da dies zu einer Zersplitterung des Marktes führe;
- drittens die Versorgungssicherheit: Wenn man sehr abhängig sei, so liege dies daran, dass der Verbrauch sehr hoch liege. Europa habe jedoch keine Versorgungsstrategie, die auf niedrigere Preise abziele.

Die europäische Logik müsse der Schlüssel zur Festlegung des eigenen Bedarfs sein. Europa müsse hier einen Mehrwert liefern. Zudem sei ein Fahrplan erforderlich: Der nächste Termin sei der Europäische Rat im März. Von diesem müssten Impulse ausgehen, denn wenn man diese Gelegenheit im März ungenutzt verstreichen lasse, müsse man wieder ein ganzes Jahr warten.

Boguslaw Sonik MdEP, stellvertretender Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses des EP, erläutert in seinem Beitrag, dass die Anwendung anspruchsvoller Normen im CO₂-Bereich eine Umstrukturierung in den Mitgliedstaaten und einen revolutionären Umbau der Energieanlagen zur Folge habe. Die alten Kraftwerke müssten vom Netz gehen, wenn sie sich nicht modernisieren ließen. Dadurch entstünden zwangsläufig Kosten, und der Verlust bei den Erzeugungskapazitäten müsste ausgeglichen werden. Für Polen schlage die Kommission Investitionen vor, die positive Auswirkungen sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt hätten. Es gelte, spätestens bis 2019-2020 die beste verfügbare Technologie (BVT) einzusetzen.

Dieser Vorschlag habe bei den Ländern, die Energie aus Kohle erzeugen, für Unruhe gesorgt. Der Heizungssektor spiele eine wichtige Rolle, hier seien hochwertige Investitionen innerhalb sehr kurzer Zeit erforderlich. Dadurch würden sich die Kosten erhöhen, was die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtige.

Zudem erklärt die Europäische Kommission, dass staatliche Beihilfen Marktverzerrungen zur Folge haben könnten. In den Mitgliedstaaten würde dieses Thema diskutiert: Eine einheitliche Maßnahme für sämtliche Mitgliedstaaten sei daher nicht unbedingt eine gute Sache.

Was das Klima anbelangt, legt Hr. Sonik dar, dass auch zehn Jahre nach der EU-Erweiterung die „Berliner Mauer im Energiebereich“ noch nicht gefallen sei. Es gebe zu wenige Energieverbindungen zwischen Ost- und Westeuropa, und der Osten sei nach wie vor von einem einzigen Lieferanten abhängig. Die Energiesicherheit sei jedoch Teil der Strategie von Lissabon, und angesichts des bestehenden Binnenmarkts sei die Festlegung einer einheitlichen Energiepolitik und eines einheitlichen Energiemarktes geboten.

Man müsse allerdings feststellen, dass die Entwicklung der Infrastruktur in der Europäischen Union nach wie vor zu sehr durch Verwaltungsvorschriften gehemmt werde. Das schlage sich auch im MFR nieder: Es gebe in Europa Strukturen, welche die Finanzierung großer nationaler Projekte verkomplizierten. Es sei jedoch unbedingt erforderlich, dass sich bestimmte Länder durch Projekte von ihrem Lieferanten lösen könnten: Dies gelte für Polen, das sich bei der Gasversorgung von Russland lösen wolle. Man müsse sich dem Monopol von Gazprom entziehen.

Jerzy Buzek MdEP, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments (2009-2012), war bei der Diskussion nicht anwesend, wollte den Podiumsmitgliedern aber eine Mitteilung zukommen lassen.

In den letzten sieben Jahren habe sich die europäische Politik auf den Klimaschutz konzentriert, was sich zum Nachteil der Wettbewerbsfähigkeit, der Industrie und des Wirtschaftswachstums ausgewirkt habe. Die Beschäftigung und die Strategien für den Weg aus der Krise hätten darunter zu leiden gehabt. Es sei notwendig, ein neues Gleichgewicht zwischen der Energiepolitik und der Klimaschutzpolitik zu finden. Die Entwicklung im Zusammenhang mit der Entdeckung und Förderung von Schiefergas in den USA müsse Europa zwingen, sich hinsichtlich der Nutzung lokaler Energiequellen neu aufzustellen, wobei die erneuerbaren Energien ebenfalls zu den lokalen Energiequellen zählten. Die Entwicklung neuer Technologien, insbesondere durch den europäischen Strategieplan für Energietechnologie von 2008, sei fundamental. Ohne niedrigere Energiepreise werde die vorgesehene gegenseitige Markttöffnung zwischen der EU und den USA zu einer nachteiligen Wettbewerbssituation für Europa führen.

China und Indien seien große Kohleverbraucher. Es sei notwendig, ernsthaft über den Klimaschutz und über saubere Technologien für Kohle nachzudenken, da dies auch diesen Ländern zugutekommen würde. Es sei besser, von Technologien mit geringen Emissionen zu sprechen als von Technologien mit geringen Kohlendioxidemissionen.

Schließlich müsse man unbedingt dafür sorgen, dass auf dem europäischen Kontinent keine

„Energiewaffe“ genutzt werden könne. Dies sei eines der zentralen Anliegen der EVP. Man müsse die Versorgungssicherheit, die Diversifizierung der Energieversorgung und die Schaffung eines einheitlichen Energiemarktes sicherstellen. Zudem sei auch an die europäischen Nachbarstaaten zu denken, mit denen man eine Energiegemeinschaft entwickeln und rasch einen gemeinsamen Energiemarkt schaffen wolle. Das gelte mit besonderer Dringlichkeit für die Ukraine.

Es folgt die Diskussion mit den Zuhörern.

Michael Gahler MdEP, ergreift das Wort und betont, dass der Energiebinnenmarkt erforderlich sei, um die Preise zu senken. Nach Ansicht von Hr. Gahler sind Alleingänge in diesem Bereich keine Lösung, und er fragt, an welchem Stand die Energieverbindung zwischen Deutschland und Polen sei, die bis heute aus technischen Gründen noch nicht habe verwirklicht werden können.

Astrid Lulling MdEP, erklärt, man müsse in der europäischen Energiepolitik realistisch sein. Man wolle Wachstum und Beschäftigung, aber die getroffenen Entscheidungen gingen häufig in eine andere Richtung.

Ein Journalist vom EUobserver fragt, welche Haltung man gegenüber dem Iran einnehmen werde.

Hr. **Ristori** antwortet, dass zahlreiche Mitgliedstaaten bei erneuerbaren Energien und Netzen mittlerweile eine europäische Dimension erreicht hätten.

In Bezug auf die Preise stellt Hr. Ristori fest, dass die Großhandelspreise in Europa ebenso niedrig seien wie in den USA, während die Verbraucherpreise unterschiedlich seien. Das sei auf die Politik der Subvention erneuerbarer Energien zurückzuführen, die sich als Abgaben auf die Energiepreise auswirken würden. Was den Iran anbelange, so sei das dringlichste Ziel die Konsolidierung der Vereinbarung und die Sicherstellung ihrer Überwachung durch die IAEA. Abschließend äußert Hr. Ristori die Auffassung, dass es eine Tendenz zu einem realistischeren Ansatz bei

Energiefragen sowie zu einer Reindustrialisierung bestimmter Sektoren in Europa gebe.

Hr. **Davignon** äußert die Auffassung, dass Industrialisierung und Entwicklung erneuerbarer Energien einander ergänzen. Doch dies werde erst ein Wirtschaftsfaktor sein, wenn das System der Subventionen verschwunden sei. Er erinnert daran, dass der Europäische Rat ein klares und konkretes Signal geben müsse. Auch das Parlament müsse ein Mitspracherecht haben. Abschließend äußert Hr. Davignon die Einschätzung, dass die Arbeit der Kommission zu diesem Thema wirksam sein werde, wenn sie eine horizontale, d. h. ressortübergreifende Politik verfolgt.

Hr. **Sonik** antwortet Hr. Gahler hinsichtlich der unterschiedlichen technischen Normen zwischen Deutschland und Polen, dass man derzeit daran arbeite, diese Probleme zu lösen. Zur Energiepolitik im Allgemeinen empfiehlt Hr. Sonik einen realistischen Ansatz, bei dem die Bedürfnisse der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden, da nur diese die Energiepolitik festlegen könnten. Vor allem warnt er vor einer ideologischen Haltung.

Jean-Pierre Audy MdEP, schließt die Podiumsdiskussion, indem er daran erinnert, dass bereits Kommissionspräsident Delors seinerzeit eine Europäische Energiegemeinschaft gefordert habe. Anschließend nimmt er die verschiedenen von den Podiumsmitgliedern ausgeführten Punkte noch einmal auf:

- Hr. Barnier habe das Konzept einer solchen Gemeinschaft sowie die Kohlendioxidabgabe verteidigt.
- Hr. Davignon habe den Schwerpunkt auf die Rolle der Betreiber sowie auf die Auswirkungen einer fehlenden europäischen Energiepolitik auf diese Betreiber gelegt.
- Hr. Sonik habe betont, dass es bei den Überlegungen zur Energiepolitik keine Denkverbote geben dürfe.

Hr. Audy erinnert an die Sensibilität dieses Themas im Vorfeld der Europawahlen. Der Fall Bulgarien müsse in dieser Hinsicht allen im Gedächtnis bleiben: Dort sei die Regierung über diese Frage gestürzt.



Jean-Pierre **Audy** MdEP, Leiter der französischen Delegation der EVP-Fraktion im EP, Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des EP und Etienne **Davignon**, stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender von GDF-SUEZ Belgien

Man müsse jedoch auch weiter denken und sehen, dass sich weltweit drei zentrale Faktoren abzeichneten: das demografische Wachstum, die Energie-/Klimaherausforderung und das Versiegen der Ressourcen.

Somit laute die Frage, warum es nicht möglich sei, angesichts der vielen unmittelbar zur Verfügung stehenden Ressourcen Lösungen im Dienste der Bürgerinnen und Bürger zu finden.

Es sei von zentraler Bedeutung, eine Netzstruktur zu schaffen, welche die Komplexität des Energieversorgungs-, -erzeugungs- und -verbrauchssystems berücksichtige. Dank ITER und dank Energie aus Wasserstoff könne dies innerhalb von 20 oder 30 Jahren erreicht werden.

Abschließend ruft Hr. Audy in Erinnerung, dass die in Europa getroffenen Entscheidungen durch den Umstand erschwert würden, dass Europa kein Staat sei. Das Europäische Parlament sei nicht in der Lage, eine klare Botschaft zu formulieren, sodass es an den Bürgerinnen und Bürgern sei, diese klare Botschaft bei der anstehenden Wahl zu vermitteln. Zugleich erinnert Hr. Audy jedoch auch daran, dass bei jedem weltweiten Problem die Lösung nur auf europäischer Ebene gefunden werden könne.

Baptiste Thollon

SCHLUSSEFOLGERUNGEN

SITZUNG DES VORSTANDS DER EVP-FRAKTION IN KRAKAU

WIR SCHAFFEN ARBEITSPLATZ

THEMA I: LAGE IN DER UKRAINE

Bei ihrem Treffen in Krakau verfolgt die EVP-Fraktion mit Besorgnis die Ereignisse in der Ukraine und erörtert die neuesten Entwicklungen in diesem Land. Die Situation ist ausgesprochen unwirklich; in nicht abreißen wollenden SMS und Tweets wird über den Verlust zahlreicher Menschenleben in der Ukraine berichtet. Die Gewalt und das Töten müssen unverzüglich beendet werden. Der Schutz von Menschenleben und die Vermeidung einer weiteren Eskalation der Gewalt müssen absolute Priorität haben.

Die Menschen, die in Kiew und in anderen Städten in der Ukraine auf die Straße gehen, sind keine Revolutionäre oder Terroristen. Die Ukraine hat demokratische, gemäßigte und verantwortungsbewusste Oppositionsführer, die bereit und willens sind, einen Platz am Verhandlungstisch einzunehmen. Das Parlament muss unverzüglich wieder zu Verhandlungen zusammentreten. Eine Lösung muss in Kiew und nicht in Brüssel oder Moskau gefunden werden, und es darf keine Zeit verlorengehen, da die Situation sonst weiter außer Kontrolle geraten wird und von Extremisten ausgenutzt werden könnte.

Die EU ist bei ihren diplomatischen Bemühungen im Rahmen der Nachbarschaftspolitik nicht erfolgreich gewesen; bei der Krise in der Ukraine geht es jedoch um weit mehr als das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen des Assoziierungsabkommens. Es ist eine tiefer gehende Krise des Regierungssystems des Landes selbst, eines Systems, das nicht funktionsfähig ist, und eines Regimes, das abgelöst werden muss. Mit seinem gewaltsamen Vorgehen gegen die Demonstranten hat Janukowitsch gezeigt, dass er in der Gemeinschaft demokratischer Führungskräfte keinen Platz hat. Er kann derzeit nichts zur Lösung des Problems beitragen, sondern ist, so wie es aussieht, ein Teil des Problems.

Die Sanktionen kommen ein Jahr zu spät, aber sie müssen gegen diejenigen verhängt werden, die für diese Verbrechen verantwortlich sind. Den Verantwortlichen sollte auch die Einreise in die Europäische Union untersagt werden. Ihre Vermögenswerte und die ihrer Familienangehörigen und Anhänger auf in der EU befindlichen Konten sollten eingefroren werden. Mit diesen Sanktionen kann der Gewalt wahrscheinlich nicht Einhalt geboten werden, aber sie sollten für alle Beteiligten ein deutliches Zeichen sein, dass ein solches Verhalten nicht ohne Konsequenzen hingenommen werden kann.

Europa ist eine Gemeinschaft der gemeinsamen Werte, und die EVP nimmt in diesem Konflikt keine neutrale Haltung ein. Die EVP ist entschlossen, ihre Solidarität mit der Bevölkerung der Ukraine unter Beweis zu stellen. Im Wege internationaler Vermittlung muss die Bevölkerung unterstützt und das Regime dazu gedrängt werden, freie und faire Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchzuführen, da Frieden und Stabilität nur auf diesem Weg wiederhergestellt werden können. Eine neue Regierung muss mit Unterstützung der westlichen Partner Reformen einleiten, die Verfassung im Einklang mit dem Verfassungstext von 2004 ändern und den Wiederaufbau der Gesellschaft in Angriff nehmen. Die Ukraine braucht einen neuen Marshall-Plan.

Juan Salafranca

THEMA II: EINE MÖGLICHST EFFIZIENTE NUTZUNG DER FINANZMITTEL DER EU ZUR ÜBERWINDUNG DER KRISE

Für die EVP-Fraktion ist der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt ein Motor für Wachstum und Zuversicht in Europa und eine beständige Quelle des Europäischen Mehrwerts. Die Kohäsionspolitik der EU ist eine Investition, die Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Unternehmen fördert. Diese öffentliche Investition ist ein Motor für Wachstum.

Dank der Bemühungen der EVP-Fraktion wird die Kohäsionspolitik der EU in den nächsten sieben Jahren (2014-2020) einem zielgerichteten Konzept folgen, das gekennzeichnet ist durch eine stärkere Betonung von Innovation (intelligente Spezialisierung) und eine Verknüpfung mit der Forschungs- und Entwicklungspolitik (Programm Horizont 2020), sowie eine stärkere Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben (beispielsweise im Rahmen von „Erasmus für Unternehmer“). Der Ausbau von Infrastrukturen wird im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ gefördert, einhergehend mit einer sorgfältigen Auswahl von Projekten. Der wachsenden Bedeutung der digitalen Wirtschaft soll durch die vorrangige Förderung des Ausbaus von Breitbandnetzen, die Entwicklung besserer elektronischer Dienste und Verbesserung der diesbezüglichen Fachkenntnisse und Qualifikationen Rechnung getragen werden. Der für eine optimale Nutzung der EU-Finanzmittel notwendigen Flexibilität sollte beispielsweise im Rahmen des Solidaritätsfonds Rechnung getragen werden. Im Einklang mit dem Prinzip der Multi-Level-Governance sollten Partnerschaften bei der Entscheidungsfindung zwischen der Bürgern in europäischen Regionen und Städten aufgebaut werden, um ihre Eigenverantwortung für die jeweilige Politik zu stärken (de facto werden 40 % der Mittel bereits von den Regionen verwaltet).

In diesem Zusammenhang sollte betont werden, dass die Halbzeitprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2014-2020, die für 2016 geplant ist, eine Chance bietet, die Strategie für die Optimierung der Mittel der Kohäsionspolitik zu überarbeiten.

Das mit allen diesen Maßnahmen angestrebte Ziel ist eine solide, integrierte, vereinfachte aber flexible, ausreichend finanzierte und umsichtig verwaltete Kohäsionspolitik, die – über den Gemeinsamen Strategischen Rahmen (GSR) – auch den Bereich der Entwicklung des ländlichen Raums und den Fischereifonds abdeckt. Sie findet ihren Ausdruck in dem aus sechs Verordnungen zur Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014-2020 bestehenden umfassenden Legislativpaket, das vom Europäischen Parlament und vom Rat im November 2013 angenommen wurde. Damit wird der Weg frei für den bereits erwarteten Abschluss von Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten der EU, die wiederum den Weg bereiten für spezifische operationelle Programme auf verschiedenen Ebenen im Einklang mit dem Grundsatz der geteilten Verwaltung.

Alle dies hätte nicht erreicht werden können ohne die Bemühungen der EVP-Fraktion, die bei der Erreichung dieser Ziele sowohl im Europäischen Parlament als auch in der Kommission eine entscheidende Rolle gespielt hat.

Pavel Kaleta/ Adriaan Bastiaansen

THEMA III: NEUGESTALTUNG DER ENERGIEPOLITIK DER EU

Der Binnenmarkt ist unverzichtbar für die allgemeine Energiesicherheit der Union und eine wesentliche Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Union, das Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, wie in der Zweiten Binnenmarktakte und der Strategie Europa 2020 festgestellt wird.

Mit der Neugestaltung der europäischen Energiepolitik sollen für die Mitgliedstaaten auf dem Energiemarkt die gleichen Bedingungen geschaffen werden, besonders in den Bereichen Energie und Gas; darüber hinaus soll die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes für Energie sichergestellt werden.

Ein wettbewerbsfähiger Energiebinnenmarkt ist insofern ein strategisches Instrument, als er den Verbrauchern in der EU eine Auswahl zwischen verschiedenen Gas- und Elektrizitätsversorgungsunternehmen zu angemessenen Preisen bietet und den Markt für alle Versorger zugänglich macht, insbesondere für die kleinsten dieser Unternehmen und für Unternehmen, die in erneuerbare Energiequellen investieren.

Die EVP hat die Bedeutung eines funktionsfähigen Binnenmarktes für Energie betont und ihn als Strategie der EU zur Überwindung der Wirtschaftskrise beschrieben. Die Neugestaltung der Energiepolitik der EU ist ein wichtiger Teil dieser Strategie.

Derzeit sind die Energiemärkte nicht in der Lage, die Bedürfnisse und Erwartungen der Verbraucher zu erfüllen. Die Verzögerungen bei der Umsetzung eines dritten Pakets zur Energiepolitik durch einige Mitgliedstaaten haben zu einer Erhöhung der Energiepreise geführt und verhindert, dass die Verbraucher von den Vorzügen eines integrierten und vollendeten Energiemarkts profitieren.

Die dazu von Eurostat zur Verfügung gestellten Daten zeigen deutlich, dass die Erhöhung der Energiepreise auf höhere Gebühren und umweltbezogene Aufschläge zurückzuführen ist, was wiederum zu einer Verzögerung des Wachstums in der gesamten EU beiträgt.

Die EVP-Fraktion ist überzeugt, dass die Schaffung des Energiebinnenmarkts die unverzügliche Umsetzung der bestehenden Rechtsvorschriften durch die Mitgliedstaaten sowie neuer Rechtsvorschriften erfordert.

Im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip unterstützte die EVP-Fraktion den Grundsatz, wonach es jedem Mitgliedstaat überlassen bleibt, über seinen speziellen Energiemix zu entscheiden und diese Entscheidung respektiert wird, vorausgesetzt, dass alle Länder die für die Verringerung der Emissionen gesetzten Ziele einhalten.

In diesem Sinne erfordert die Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften eine bessere Koordinierung zwischen der Kommission und der Mitgliedstaaten, um zu vermeiden, dass einzelne Regionen oder Mitgliedstaaten vom übrigen europäischen Netz isoliert werden. Die Kommission sollte die wirksame Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften im Energiebereich überwachen, insbesondere im Hinblick auf Bestimmungen zur Schaffung eines grundlegenden Verbraucherrechts.

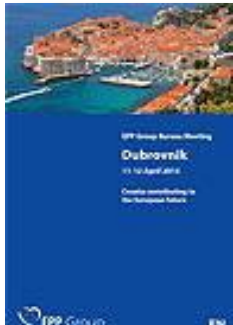
Die Gesamtsituation im Energiebereich erfordert es, dass die Europäische Union eine Reflexion über die Zukunft einleitet. Die EU muss Antworten auf diese neue Situation finden und große Anstrengungen zur Schaffung eines Energiemarktes unternehmen, der für alle Verbraucher saubere, erschwingliche und zugängliche Formen von Energie bietet. Dies würde auch zur Steigerung des Wettbewerbs zwischen den Energieversorgern sowie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen.

Eine so betriebene „Neugestaltung der Energiepolitik der EU“ hätte gute Aussichten auf Erfolg. Die bevorstehende Tagung des Europäischen Rates im März wäre für die Mitgliedstaaten eine gute Gelegenheit, einen solchen Kurs einzuschlagen.

Elisabetta Montano / Kai Wynands

Zuletzt veröffentlichte Publikationen - 2013/2014

Abteilung Politische Strategie



EPP Group Bureau meeting in Dubrovnik
April 2013

June 2013

FR EN DE



EPP Group Bureau meeting Dresden
May 2013

July 2013

FR EN DE



EPP Group Bureau meeting Amsterdam
November 2013

January 2014

FR EN DE



EPP Group Presidency Seminar: Facilitating SME access to capital
December 2013

March 2014

EN FR IT

Series



Watching Brief

FR EN DE



EVP-Fraktion

im Europäischen Parlament

Veröffentlicht von :	Publikationsdienst Dienststelle Presse und Kommunikation Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) im Europäischen Parlament
Herausgeber :	Pedro López de Pablo
Koordinator :	Véronique De Jonghe (Revision : Daniela Bührig)
Verantwortlich :	Christine Detourbet Verantwortlich für die Abteilung Politische Strategie
Adresse:	Europäisches Parlament 47-53 rue Wiertz B - 1047 Brüssel Belgien
Internet:	http://www.eppgroup.eu
E-mail:	epp-publications@europarl.europa.eu
Copyright:	EVP-Fraktion im Europäischen Parlament